

49/ABPR XX.GP

Die Abgeordneten Ing. Monika Langthaler und Genossen haben am 20. April 1999 an den Präsidenten des Nationalrates eine schriftliche Anfrage mit folgendem Wortlaut gerichtet:

1. Wie hoch war der jährliche Stromverbrauch des Parlaments samt Nebengebäuden in den Jahren 1990 bis 1998?
2. Wie hoch waren die Kosten für den Bezug elektrischer Energie im Jahr 1998?
3. Welche Tarife (Arbeits- und Leistungspreis, Sommer, Winter, etc.) werden derzeit dem Parlament verrechnet?
4. Welche Maßnahmen wurden bzw. werden gesetzt, um den Stromverbrauch zu senken?
5. Wie hoch waren die damit verbundenen jährlichen Kosten?
6. Wann wurden zuletzt Untersuchungen über die vorhandenen Stromeinsparpotentiale durchgeführt?
7. Wie hoch sind die Stromeinsparpotentiale, und welche Kosten wären mit der Nutzung dieser Einsparpotentiale verbunden?
8. Welche Möglichkeiten bestehen, etwa durch Drittmittelfinanzierung ("Contracting") die Stromeinsparpotentiale zu nutzen?
9. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, gemäß den neuen Bestimmungen des EIWOG die Elektrizitätsversorgung des Parlaments auf umweltfreundlichen Ökostrom umzustellen?
10. Auf welcher Spannungsebene wird das Parlament bzw. die jeweiligen Gebäude von der Wienstrom versorgt?
11. Wurden mit dem lokalen Netzbetreiber Wienstrom bereits Gespräche im Hinblick auf eine Umstellung auf Ökostrom geführt ? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
12. Mit welchen Durchleitungsgebühren müßte bei Umstellung auf Ökostrom gerechnet werden?

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

ad 1.	1990	ca. 2,5 Mio. Kilowattstunden
	1991	ca. 2,7 Mio. Kilowattstunden
	1992	ca. 2,9 Mio. Kilowattstunden
	1993	ca. 3,0 Mio. Kilowattstunden
	1994	ca. 3,6 Mio. Kilowattstunden
	1995	ca. 4,1 Mio. Kilowattstunden
	1996	ca. 4,4 Mio. Kilowattstunden
	1997	ca. 4,9 Mio. Kilowattstunden
	1998	ca. 5,3 Mio. Kilowattstunden

ad 2. Die Kosten für den Bezug von elektrischer Energie einschließlich Zählergebühr etc. betrug im Jahre 1998 ca. 8,5 Mio. Schilling.

ad 3. Der Arbeitspreis für die Wintermonate (Oktober bis März) beträgt 1,08 Schilling je Kilowattstunde und für die Sommermonate 0,693 Schilling je Kilowattstunde.

ad 4. In den letzten Jahren ist es glücklicherweise gelungen, die büromäßige Ausstattung für die Abgeordneten zu verbessern. Dazu kam noch der Einsatz der parlamentarischen Mitarbeiter der Abgeordneten bzw. die verstärkte Inanspruchnahme büro-technischer Möglichkeiten. Durch alle diese Faktoren und insbesondere durch die substanzielle Erweiterung der Büroflächen ist es auch zu einem kontinuierlichen Anstieg des Stromverbrauches gekommen. Grundsätzlich wurden/werden bei allen Bau-maßnahmen im Vorfeld Überlegungen angestellt, wie durch den Einsatz moderner Technologie der Stromverbrauch reduziert werden könnte. Nach Auffassung der Parlamentsdirektion haben diese Maßnahmen dazu beigetragen, daß die Zuwachsraten im Verbrauch etwas abgeflacht werden konnten. Konkrete Schätzungen, wie groß der Gesamteffekt war, liegen nicht vor.

Aufgrund der veränderten Arbeitsgewohnheiten stehen seit einigen Jahren die Parlamentsgebäude und die dazugehörende Infrastruktur, wie Licht, Heizung, Telefon, etc., auch außerhalb der Öffnungszeiten den Mitarbeitern zur Verfügung, wobei von dieser Möglichkeit in den letzten Jahren zunehmend Gebrauch gemacht wurde. So hat auch die Ausweitung des Sitzungsbetriebes, verlängerte Öffnungszeiten der Parlamentseingänge etc. zu einer Anhebung des Energieverbrauchs geführt.

Im historischen Stammgebäude finden "Lichterrundgänge" statt, die dazu dienen, die Beleuchtung im „notwendigem Ausmaß“ zu gewährleisten. Weiters schalten die Mitarbeiter der Feuerwache bei ihrem Rundgang nicht benötigte Energieverbraucher ab.

In weiten Bereichen wurden die konventionellen Leuchtmittel (Glühlampen, Leuchstofflampen) durch verlustarme Leuchtstofflampen, kombiniert mit elektronischen Vorschaltgeräten, ersetzt. So sind z.B. die Leuchten in den Gängen nunmehr Kompakt-leuchtstofflampen mit elektronischem Vorschaltgerät.

Im Bauprogramm 1999 ist eine Million Schilling für die Errichtung einer Photovoltaik-Anlage am Dach des Parlamentsgebäudes budgetiert. Derzeit wird geprüft, eine erweiterbare Anlage von zunächst 5 KW zu errichten.

ad 5. Maßnahmen zur Senkung des Stromverbrauches wurden im Zuge von Umbau- und Adaptierungsarbeiten durchgeführt und sind daher in den Gesamtkosten des jeweiligen Umbaus enthalten; Einzelaussagen sind aus diesem Grund nicht möglich.

ad 6. Die Entwicklung des Stromverbrauches wird durch Langzeitanalysen an jedem Abgang der Niederspannungshauptverteilung beobachtet. Diese Langzeitanalysen geben über die allgemeine Entwicklung, jedoch nicht über die Stromeinsparungspotentiale Auskunft.

ad 7. Der Stromverbrauch des Parlaments und seiner Nebengebäude wird zentral abgerechnet; Aufzeichnungen, wieviel Stromverbrauch auf die parlamentarischen Klubs entfallen, werden nicht geführt. Stromeinsparungspotentiale könnten erst dann erhoben werden, wenn die einzelnen Standorte verbrauchstechnisch (gegliedert nach Parlamentsdirektion, Klubs, Abteilungen, Verbrauchern, etc.) erfaßt werden.

ad 8. Da bisher noch keine Erhebung der Stromeinsparpotentiale erfolgt ist, kann die Frage hinsichtlich der Drittmittelfinanzierung nicht beantwortet werden.

ad 9. Der Energieverbrauch aller Parlamentsgebäude beträgt derzeit ca. 5,3 GWh im Jahr.
Die Liberalisierung des Strommarktes für Verbraucher dieser Art erfolgt gemäß den
Intentionen des Elektrizitätswirtschafts - und Organisationsgesetzes erst im Jahr 2003.
Aus heutiger Sicht ist kein Ökostromlieferant in der nahen Umgebung bekannt, der die
Elektrizitätsversorgung der Parlamentsgebäude übernehmen könnte.

ad 10. Die Versorgung erfolgt mittels 10 KV Hochspannung.

ad 11. Nein

ad 12. Aufgrund seiner Verbrauchswerte zählt der Abnehmer "Parlamentsdirektion" erst ab
2003 zu einem zugelassenen Kunden im Sinne des § 44 EIWOG. Seriöse Antworten
können daher zum heutigen Zeitpunkt nicht gegeben werden.